Es ist Zeit für eine Universitätsreform

Warum so viele Akademiker aus Deutschland an Schweizer Hochschulen lehren – und welches die eigentlichen Probleme sind

Dass so viele deutsche Akademiker an Schweizer Hochschulen lehren und forschen, hat mit Seilschaften oder mit einem hochgehaltenen Internationalitätsprinzip wenig zu tun. Ausschlaggebend sind einander ergänzende Fehlentwicklungen in beiden Universitätssystemen.

Caspar Hirschi

Schweizer Hochschulpolitiker werden derzeit nicht müde zu betonen, dass für eine hohe Qualität der Forschung eine hohe «Internationalität» der Forschenden vonnöten sei – vor allem in einem kleinen Land wie der Schweiz. Sie begegnen damit der Polemik von rechts aussen, ein «deutscher Filz» verdränge einheimische Wissenschafter von Schweizer Universitäten, und sie befördern besonders eine Erkenntnis: Auch Akademikern will selten das Kunststück gelingen, die Keule des kruden Populismus mit dem Degen des differenzierten Arguments zu parieren.

Die an das Internationalitätsprinzip geknüpfte Behauptung, kleine Forschungsstandorte könnten nur Grosses leisten, wenn sie viele Ausländer beschäftigten, steht empirisch auf wackligen Beinen. Setzt man die Zitierungen, die Forscher in einem Land mit ihren Publikationen erzielen, in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandprodukt, liegt die Schweiz vor vier weiteren Kleinstaaten – Schweden, Israel, Finnland und Dänemark – weltweit an der Spitze. Während aber an Schweizer Universitäten 40 Prozent ausländische Wissenschafter arbeiten, sind es in den skandinavischen Ländern 10 bis 20 Prozent – deutlich weniger etwa als im «ineffizienteren» Grossstaat Grossbritannien.

Machtstrukturen

Wechselt man vom Staatenvergleich zum Hochschulvergleich, lassen sich Forschungsleistung und Ausländeranteil ebenso wenig in einen direkten Bezug bringen: An den weltweit führenden Universitäten der Ivy League sind 7 bis 30 Prozent der Akademiker Ausländer, an den europaweit führenden Universitäten Oxford und Cambridge gut 40, an den schweizweit führenden ETH Zürich und Lausanne nahezu 60. Man kann es drehen und wenden, wie man will: So sympathisch «Internationalität» als wissenschaftspolitische Maxime auch ist, als wissenschaftstheoretische Kategorie taugt sie nichts.

Wie aber ist dann der einmalig hohe Ausländeranteil an Schweizer Universitäten zu erklären? Auch hier geben Zahlen erste Anhaltspunkte: Gesamtschweizerisch sind 52 Prozent des ausländischen Lehrkörpers deutsche Staatsbürger, in der Deutschschweiz sind es über 70 Prozent. Man kommt also kaum darum herum, die akademische *special relationship* zwischen Deutschland und der Schweiz in den Mittelpunkt eines Erklärungsansatzes zu stellen.

Die Schweiz ist seit dem 19. Jahrhundert ein akademisches Einwanderungsland, und schon seit Generationen kommen die meisten ausländischen Wissenschafter aus Deutschland. Die gegenwärtige Situation stellt also kein Novum, sondern die Steigerung einer eingeübten Praxis dar – jener des *brain gain* durch Forscher-Import. Allerdings: Die Rahmenbedingungen dieser Praxis haben sich stark verändert. Vor hundert Jahren war Deutschland die führende Wissenschaftsnation der Welt, Deutsch eine international anerkannte Wissenschaftssprache – und die Schweiz eine beliebte Zwischenstation für deutsche Talente auf dem Weg zu höheren Würden im Reich. Heute ist Englisch die *lingua franca* der Wissenschaft; und deutsche Universitäten werden permanent umgebaut, damit sie den Anschluss an die internationale Spitzenforschung nicht verlieren, während Schweizer Hochschulen mit stabileren Strukturen und höheren Löhnen locken.

Die Attraktivität der Schweiz für deutsche Akademiker hat aber noch einen anderen Grund: Die beiden Länder haben ähnliche Universitätsstrukturen. In ihnen sind Macht und Ehre bei einer kleinen Zahl unbefristet angestellter Forscher konzentriert, der Professorenschaft. Sie machen in der Schweiz 9 Prozent, in Deutschland 13 Prozent des Lehrkörpers aus. Die Mehrheit der restlichen Lehrpersonen – und das ist das eigentlich Spezifische – ist den Professoren unterstellt und wird von den Universitäten mit befristeten Verträgen angestellt; unter ihnen bilden die Mitarbeiter und Assistenten mit 74 Prozent in der Schweiz und 85 Prozent in Deutschland die grösste Gruppe.

Zum Vergleich: An britischen Universitäten tragen zwar auch nur knapp 10 Prozent den Professorentitel, aber 65 Prozent sind mit unbefristeten Verträgen angestellt, und davon sind wiederum die meisten – Lecturers und Readers – den Professoren gleichgestellt. Etwas anders ist es an amerikanischen Universitäten, wo knapp die Hälfte der Vollzeitstellen unbefristet ist, aber mehr als 65 Prozent der Vollzeitangestellten den Professorentitel tragen.

In der Entwicklung der deutschen Mitarbeiterklasse ist nun eine Erklärung zu finden, weshalb sich immer mehr deutsche Wissenschafterinnen und Wissenschafter in der Schweiz bewerben. Mit ihren jüngsten Reformen hat die deutsche Forschungsbürokratie den Anreiz für Professoren verstärkt, hohe Fördersummen für Projekte mit vielen Mitarbeitern zu beantragen. Im Zuge dieser Konkurrenz wurden befristete Stellen in nie da gewesener Zahl geschaffen: Zwischen 1999 und 2009 kamen 35 669 neue Mitarbeiterstellen hinzu (ein Plus von 36,5 Prozent), während die Anzahl Professuren um bloss 590 anstieg (plus 1,6 Prozent). Unter diesen Überlebensbedingungen haben deutsche Nachwuchsleute allen Grund dazu, ins Ausland abzuspringen.

Warum aber sind junge Deutsche überhaupt noch bereit, sich auf eine akademische Karriere einzulassen? Zum einen fällt es ihnen nach dem Universitätsabschluss vergleichsweise leicht, eine Mitarbeiterstelle zu erhalten, während ihnen der undurchlässige deutsche Arbeitsmarkt die ausseruniversitären Berufsaussichten stärker einschränkt, was vor allem Geisteswissenschafter zum universitären Weiterwursteln animiert. Zum andern wird ihre Risikobereitschaft vom hohen Sozialprestige, das Professoren nach wie vor in der deutschen Gesellschaft geniessen, beflügelt.

Die Laufbahn eines Jungakademikers

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Situation der Schweiz, so ist zunächst Folgendes festzuhalten: Die Schweiz ist die Profiteurin einer dysfunktionalen Förderpolitik des deutschen Staates. Sie kann von der Überproduktion deutscher Wissenschafter die besten «Erzeugnisse» abschöpfen, ohne für deren Ausbildung in die Schatullen zu greifen. In finanzieller wie wissenschaftlicher Hinsicht ist die Schweiz also die Gewinnerin, nicht die Verliererin dieser bilateralen Beziehung.

In anderer Hinsicht sieht die Situation aber weniger rosig aus: Die Schweizer Universitäten sind in ähnlichen Förderstrukturen gefangen wie die deutschen, schaffen es aber im Gegensatz zu diesen immer weniger, Talente aus der eigenen Studentenschaft zu rekrutieren. Während sich das Verhältnis zwischen Professoren und Mitarbeitern nur wenig verschoben hat, bleibt auch in der Schweiz ungeklärt, was mit dem Überschuss an Wissenschaftern geschehen soll. Die «klassische» Laufbahn eines Jungakademikers führt noch immer von einer Stelle da zu einem Stipendium dort, bevor sie zwischen dem 35. und dem 45. Lebensjahr im Sand verläuft.

Die Tatsache, dass eine Lösung dieses Problems ausbleibt, kann, strukturell gesehen, nicht überraschen. Die stabilen Hierarchien an deutschen und schweizerischen Universitäten verdanken sich dem Mechanismus, dass jene Wissenschafter, die das Nadelöhr zur Professur passiert haben, kein strategisches Interesse mehr haben, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Sie würden damit nur ihren teuer erworbenen Sonderstatus aufs Spiel setzen. Und da die Professoren in den hochschulpolitischen Gremien das Sagen haben, können sie dafür sorgen, dass bei allen organisatorischen Veränderungen die Hierarchien so bleiben, wie sie sind.

Rückzug des Schweizer Nachwuchses

Während sich also die Schweizer Universitätsstrukturen nur wenig verändert haben, dokumentieren die Beschäftigungsstatistiken einen Rückzug von Schweizer Nachwuchsforschern. 1999 waren 65 Prozent der Assistenten und Mitarbeiterinnen Schweizer, 2009 noch 48 Prozent. Damit ist heute der Ausländeranteil bei den Mitarbeiterstellen höher als bei den Professuren, wobei die Deutschen die grösste und am schnellsten wachsende Gruppe stellen: Allein zwischen 2007 und 2009 nahm sie um 21 Prozent zu. Bei den Habilitationen kamen 2009 bei einer Gesamtzahl von 217 Habilitanden 115 aus der Schweiz und 82 aus dem nördlichen Nachbarland.

Der Rückzug einheimischer Nachwuchsforscher hat jedoch nicht nur mit dem «demografischen» Druck aus Deutschland zu tun. Noch wichtiger dürfte sein, dass in der Schweiz das Ansehen der Wissenschaft und das Prestige von Professoren nicht mehr hoch genug sind, um Studenten das Himmelfahrtskommando einer akademischen Karriere schmackhaft zu machen. Die paradoxe Logik des deutschsprachigen Universitätssystems, dass ein Verbleib im Reich der wissenschaftlichen Rationalität ein Höchstmass an strategischer Irrationalität erfordert, funktioniert nur noch dank den Deutschen.

Damit schlägt sich in der Schweiz der Anachronismus von akademischen Strukturen nieder, die vom bildungsbürgerlichen Wissenschafter-Ideal des 19. Jahrhunderts geprägt sind: Wissenschaft ist kein Beruf, sondern eine Berufung, und als Berufener hat man sich erst bewiesen, wenn man auf einem langen und entbehrungsreichen Weg an seiner Bestimmung festgehalten hat. Diese Strukturen haben in der Schweiz einen starken und von der Förderung der Fähigsten völlig losgelösten Selektionseffekt.

Fassen wir zusammen: Die gegenwärtige Hochschuldynamik in der deutschsprachigen Schweiz hat weder mit dem Wuchern eines «deutschen Filzes» noch mit dem Walten eines Internationalitätsprinzips viel zu tun. Vielmehr ist sie bestimmt von komplementären Dysfunktionen des deutschen und des schweizerischen Wissenschaftssystems. Während die deutschen Universitäten ihre Überschussproduktion von Wissenschaftern noch einmal gesteigert haben, geht an den Schweizer Hochschulen die Förderung des einheimischen Nachwuchses zurück. Beide Entwicklungen sind auf die Machtstrukturen eines Universitätstyps zurückzuführen, dessen Hauptkennzeichen die Herrschaft einer kleinen Minderheit unbefristet angestellter Professoren über eine grosse Mehrheit befristet angestellter Mitarbeiter ist. Dass sie konträre Effekte zeitigen, hat vor allem kulturelle Gründe: Während deutsche Nachwuchswissenschafter noch immer gewillt sind, das hohe Risiko eines späten Scheiterns einzugehen, ist bei ihren Schweizer Kollegen die Bereitschaft dazu am Schwinden. Solange sich an diesen Strukturen nichts ändert, wird die gegenwärtige Entwicklung weitergehen.

Wie weiter?

Schweizer Hochschulpolitiker können natürlich argumentieren, dass kein Handlungsbedarf bestehe, solange die Universitäten vom Akademiker-Import aus Deutschland profitierten. Mittelfristig dürften die Kosten einer solchen Status-quo-Politik aber höher sein als ihr Nutzen. Erstens können Schweizer Hochschulen mit dem dürftigen Ertrag ihrer Nachwuchsförderung trotz beachtlichen Forschungsleistungen keinen Rang als internationale Spitzenuniversitäten beanspruchen – diese definieren sich auch dadurch, dass sie aus ihrer eigenen Studentenschaft viele brillante Jungforscher hervorbringen, die den Ruf der Universität als Bildungsstätte in die Welt hinaustragen. Zweitens dürfte der öffentliche Rechtfertigungsdruck auf das Universitätssystem weiter steigen, wenn es die Hälfte seines Personals aus dem Ausland importieren muss, um mit Staaten wie Schweden, Finnland und Dänemark mitzuhalten, die mit 80 bis 90 Prozent einheimischer Wissenschafter eine vergleichbare Leistung erzielen.

Und drittens wird es in der Schweiz schwieriger sein, zwischen universitären und ausseruniversitären Eliten eine ähnlich starke Beziehung aufzubauen wie in den angelsächsischen Ländern, wo sie von der Erfahrung eines gemeinsamen Ausbildungswegs getragen wird. Gerade diese Beziehung

wird in Zukunft noch wichtiger sein, weil forschungsintensive Universitäten immer mehr auf private Wissenschaftsförderung angewiesen sind. Obwohl staatliche Grenzen und nationale Unterschiede weiter an Bedeutung verlieren werden, haben sie in der Wissenschaftspolitik immer noch grosses Gewicht.

Um die helvetischen Universitätsstrukturen so umzubauen, dass eine akademische Karriere für einheimische Talente wieder verlockender wird, wäre der Weg von den skandinavischen Ländern vorgezeichnet: Es ginge um eine Anpassung an den «angelsächsischen» Universitätstypus mit seinen flachen Hierarchien, flexiblen Departementsstrukturen und unbefristeten Anstellungen kurz nach der Dissertation. Die «germanische» Spezies des in die Jahre gekommenen Mitarbeiters, der zugleich unterprivilegiert und überqualifiziert ist, dürfte dann endlich aussterben. Und gleichzeitig wäre dafür gesorgt, dass Schweizer Universitäten für ausländische Nachwuchswissenschafter *aller* Länder attraktiv sein könnten.

Um diese Strukturreform durchzuführen, wäre es am einfachsten, Lehrstühle bei Neubesetzungen aufzulösen und je nach Grösse in zwei oder mehrere unbefristete und unabhängige Stellen umzuwandeln, auf die man sich als Postdoc bewerben und auf denen man bei hervorragenden Leistungen bis zum Professor aufsteigen kann. Gleichzeitig wäre es wichtig, Doktoranden von ihrer Assistentenfunktion, mit der sie sich schon früh einen Karriererückstand einzuhandeln drohen, zu befreien. Wie der «angelsächsische» Universitätstyp zeigt, brauchen Professoren keine Assistenten. Was sie in der Schweiz benötigen, um die gestiegene Lehrbelastung zu bewältigen, sind mehr Kollegen.

Gegenwärtig lassen sich höchstens an einzelnen Universitäten zaghafte Schritte in diese Richtung ausmachen. Dabei wäre der Zeitpunkt für eine umfassende Strukturreform günstig. Schliesslich haben auch die jüngsten eidgenössischen Turbulenzen ausserhalb der Universitäten wieder einmal männiglich vor Augen geführt, dass es besser sein dürfte, heisse Eisen selber anzufassen, als sie unerwünschten Schmieden zu überlassen.

Dr. **Caspar Hirschi** ist Neuzeithistoriker und arbeitet als Ambizione-Stipendiat des Schweizerischen Nationalfonds an der ETH Zürich. Von 2007 bis 2010 forschte er an der Universität Cambridge.